

Pressemitteilung

Bürgerinitiativen im Zusammenschluss Gegen Gasbohren und Food & Water Europe im Schulterschluss für Trinkwasser- und Klimaschutz Energiewende = Erneuerbare, nicht Erdgas!

Hamburg, im Dezember 2017

Bürgerinitiativen aus Norddeutschland trafen sich mit Food & Water Europe am 02. Dezember 2017 in Hamburg, um Informationen über laufende Erdöl- und Erdgas-Projekte auszutauschen sowie Strategien für das kommende Jahr zu besprechen.

Im Blickpunkt standen u.a. die geplante Bohrung der DEA im Wasserschutzgebiet Panzenberg im Landkreis Verden, das grenzüberschreitende Projekt von Hansa Hydrocarbons Erdgas nahe des Wattenmeers zu fördern, der Bau des LNG Terminals in Brunsbüttel sowie die rasant fortschreitende Klimaerwärmung.

Keine Rücksichtnahme auf bestehendes Wasserschutzgebiet – DEA beabsichtigt neue Förderbohrung

Trotz aller berechtigten Bedenken beabsichtigt DEA eine neue Förderbohrung im Trinkwasserschutzgebiet Panzenberg (Zone III) in Verden-Scharnhorst (Landkreis Verden). Hierzu ist anzumerken, dass in Bezug auf das Grundwasser – aber nicht nur dafür – der Besorgnisgrundsatz aus dem Wasserhaushaltsgesetz gilt. Nicht allein eine Beeinträchtigung, sondern bereits die Besorgnis einer nachteiligen Veränderung von Grund-, Oberflächen- und Küstengewässern, darf nicht gegeben sein. Die Teilnehmer des Strategietreffens machten darauf aufmerksam, dass das Risiko der Gefährdung, Belastung oder Beeinträchtigung der Schutzgüter Umwelt, Natur und Landschaft bei einer Realisierung des Erdgasförderprojektes der DEA sehr hoch ist. Für das Schutzgut Wasser bestehe die Besorgnis nachteiliger Veränderungen bereits im normalen Förderbetrieb – selbst ohne Einsatz von Fracking und auch ohne einen Störfall. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat flächendeckend per Erlass klargestellt, dass Erdöl- und Erdgasbohrungen in Wasserschutzgebieten (Zonen I – III) begründet verboten sind¹. Die Bürgerinitiativen und Food & Water Europe fordern die zuständige untere Wasserbehörde auf, den Antrag auf Bohrung im betroffenen Trinkwasserschutzgebiet abzulehnen und das Einvernehmen zu verweigern.

Gasförderprojekt von Hansa Hydrocarbons nahe Wattenmeer vor Borkum²

Das Unternehmen Hansa Hydrocarbons mit Sitz in London beabsichtigt 10 km nordwestlich von Borkum nach Erdgas im Küstenmeer zu suchen und später zu fördern. Im Rahmen des geplanten bergrechtlichen Planfeststellungsverfahrens zur Explorationsbohrung Diamant-Z1 im Erlaubnisfeld „Geldsackplate“ wurden zu einer Antragskonferenz (Scoping) zwar einige Naturschutzverbände und Träger öffentlicher Belange eingeladen, die große und betroffene Öffentlichkeit blieb jedoch außen vor. Dabei befinden sich in unmittelbarer Nähe zu den geplanten Bohrungen mehrere hochsensible Schutzgebiete: Das FFH-Gebiet „Borkum Riffgrund“, der Nationalpark „Niedersächsisches Wattenmeer“ sowie das gleichnamige EU-Vogelschutzgebiet. Eine nicht auszuschließende Havarie der künftigen Bohrinsel könnte zu katastrophalen Schäden für die in diesem Bereich flache Nordsee, das angrenzende Wattenmeer und den Tourismus auf den ostfriesischen Inseln führen. Eine im August 2017 präsentierte Studie des GEOMAR Helmholtz-Zentrums für Ozeanforschung belegt, dass Öl- und Gasbohrungen in der Nordsee in einem erheblichen Ausmaß undicht sind³. Damit seien die

¹ <https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/Im/Umwelt/Wasser/Trinkwasserversorgung/Wasserschutzgebiete>

² <http://www.hansahydrocarbons.com/>

³ https://www.geomar.de/fileadmin/content/service/presse/Pressemitteilungen/2017/pm_2017_56_Methan-Bohrloecher.pdf

Bohrlöcher und Methan-Leckagen der Nordsee eine deutlich größere Quelle von Treibhausgasen als bisher angenommen. Die norddeutschen Bürgerinitiativen und Food & Water Europe fordern die niedersächsische Landesregierung sowie die Bundesregierung auf, die angedachte Erdgasförderung nahe des Wattenmeers zu unterbinden.

Volksinitiative zum Schutz des Wassers in Schleswig-Holstein⁴

Das 2016 beschlossene Fracking-Regelungspaket schließt Fracking nur in bestimmten Gesteinsschichten aus, die aber in Schleswig-Holstein gar nicht vorherrschend sind. Ein Verbot neuer Öl- und Gasbohrungen, wie es zur Erfüllung des Pariser Klimaschutzabkommens vom Dezember 2015 notwendig wäre, wird im Bundesgesetz erst gar nicht thematisiert. Um Fracking konsequent zu verhindern, müsse eine Änderung des Wassergesetzes in Schleswig-Holstein erfolgen. Mit der Volksinitiative soll durch eine eindeutige rechtliche Klarstellung der Schutz des Trinkwassers und der Meeres- und Küstenschutz vollumfänglich garantiert und durchgesetzt werden. Insgesamt 20.000 Unterschriften müssen hierfür gesammelt werden. Es dürfen sich nur BürgerInnen des Landes Schleswig-Holstein beteiligen. 12.000 Unterschriften sind bereits gesammelt. Die Bürgerinitiativen und Food & Water Europe unterstützen die Volksinitiative und rufen die BürgerInnen des Landes Schleswig-Holstein auf, die restlichen 8.000 Unterschriften zum Schutz des Wassers beizutragen. Mehr Informationen zur Volksinitiative sind unter <http://vi-wasser.de/> erhältlich.

Klimaschutz und Bau weiterer LNG Terminals (wie am Standort Brunsbüttel vorgesehen) sind unvereinbar

Erdgas, das hauptsächlich aus Methan besteht, ist nur ein weiterer fossiler Energieträger auf den wir auf Grund seiner klimaschädigenden Wirkung verzichten müssen. Bereits geringe Methanemissionen verleihen Erdgas einen enormen Treibhausgas-Fußabdruck. Die Teilnehmer des Strategietreffens machen darauf aufmerksam, dass die dramatische Entwicklung des Klimawandels und die extreme Klimaschädlichkeit von Methanemissionen, die momentan in Deutschland nicht gemessen, sondern lediglich von der Industrie geschätzt werden, mittlerweile selbst von der Industrie nicht mehr geleugnet werden können⁵.

Insofern befördert Erdgas, und insbesondere LNG (Liquefied Natural Gas/Flüssigerdgas) die negative Klimabilanz enorm. Ohne radikale Reduktion der Methanemissionen wird die Begrenzung der globalen Klimaerwärmung unter die 2 Grad-Marke und damit die Verhinderung der Überschreitung des Klimakippunktes - mit unabsehbaren negativen Folgen – nicht erreicht werden können. Der Ausbau von Gasinfrastruktur (LNG Terminals eingeschlossen) dient somit nicht dem Klimaschutz und der Energiewende sondern zieht dringend benötigtes Investment in den Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Steigerung der Energieeffizienz ab. Besonders dramatisch ist die zunehmende Verwendung von Gas als Rohstoff für die Plastikherstellung, für Petrochemikalien und für Kunstdünger, wie dies am geplanten LNG Standort Brunsbüttel vorgesehen ist. Die norddeutschen Bürgerinitiativen und Food & Water Europe fordern die Landesregierung Schleswig-Holsteins auf, den Bau des LNG Terminals in Brunsbüttel abzulehnen.

Ansprechpartner für die Presse:

Andy Gheorghiu, Mobil: 0160 20 30 974, Food & Water Europe
Martin-P. Busch, Tel.: 04230 151416, BI Walle gegen GasBohren
Dr. Reinhard Knof, Mobil: 0162 1389223, BI Kein CO2-Endlager e. V.
Bernd Ebeling, Mobil: 0171 5011762, BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

⁴ <http://vi-wasser.de/>

⁵ <https://www.wintershall.com/de/presse-mediathek/presse-meldungen/detail/acht-energieunternehmen-verpflichten-sich-zu-senkung-von-methanemissionen-im-erdgassektor.html>

<https://www.pv-magazine.de/2017/11/27/eingestaendnis-zwecks-image-politur-erdgas-industrie-gelobt-besserung/>

Unterzeichnende Bürgerinitiativen und Umweltschutzorganisationen:

Food & Water Europe

Bürgerinitiative FrackingFreies Hamburg (Hamburg)

Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e.V. (Schleswig-Holstein)

Bürgerinitiative gegen Gasbohren im Landkreis Rotenburg e. V. (Niedersachsen)

Bürgerinitiative Kein Fracking in der Heide (Niedersachsen)

Bürgerinitiative Saubere Umwelt und Energie Altmark (Sachsen-Anhalt)

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (Niedersachsen)

Bürgerinitiative Gesundheit Hemslingen-Söhlingen (Niedersachsen)

Bürgerinitiative Walle gegen GasBohren (Niedersachsen)

Bürgerinitiative Wittorfer Bürger für Umwelt und Gesundheit (Niedersachsen)

Interessengemeinschaft Wiedau (Niedersachsen)